Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 119 (1993)

Heft: 7

Artikel: Wer nicht zahlen will, muss seine Fenster zumauern!

Autor: Schart, Franz-F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-601064

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Franz-F. Schart

Wer nicht zahlen will, muss seine Fenster zumauern!

Es ist nun wirklich kein Geheimnis mehr: Vater Staat ist tief in die Krise geraten. Genauer gesagt: in die Finanzkrise. Täglich tun sich neue Finanzlöcher auf, die kein Mensch mehr stopfen kann. Woher soll das dringend benötigte Geld nur kommen?

Die Einsparmöglichkeiten sind bekanntermassen so gut wie erschöpft. Jetzt hilft nur noch die rigorose Erhöhung sämtlicher Einnahmen. Tiefes Nachdenken ist erforderlich, um die Situation endlich in den Griff zu bekommen. Da dieses tiefe Nachdenken, wie alle wissen, recht schwierig ist, hier einige kleine Vorschläge, damit die drohende Staatspleite noch einmal abgewendet werden kann und wir alle wieder ruhig schlafen können.

Da wäre zuerst einmal eine Panoramasteuer in Betracht zu ziehen, denn jeder Bürger, sofern nicht obdachlos, hat mindestens ein Fenster in seiner Wohnung. Es sei denn, er lebt in einem Bunker. Aber das sind die Ausnahmen, die auch diese Regel bestätigen. Jeder dieser Bürger wird zur neuen Panoramasteuer veranlagt, da er irgendwann einmal den Blick aus dem Fenster geniesst. Kriterium für die Höhe der Steuer könnten Grösse und Anzahl der Fenster sein oder auch die Weite und die Schönheit des vom Bürger genossenen Ausblicks. Wer nicht zahlen will, muss eben seine Fenster zumauern!

Vielversprechend ist auch die neue Trottoir-Benutzungsgebühr, denn nicht nur Autofahrer, sondern auch Fussgänger müssen endlich ihren finanziellen Beitrag zur Sanierung unseres Staatshaushalts leisten. Schliesslich ist es ein unerträglicher Zustand, dass das Zufussgehen nicht nur gesund, sondern immer noch umsonst ist! Ausserdem wird niemand gezwungen, das Trottoir zu benutzen. Wer nur noch mit dem eigenen Auto fährt, bleibt von der neuen Gebühr verschont. Auch Fussgänger, die ausschliesslich die Strasse benutzen, leben zwar äusserst gefährlich, bleiben aber von der Abgabe ausgenom-

Auch die zahlreichen Videoten unter uns müssen endlich über die Videosteuer zur Kasse gebeten werden. Hier erschliesst sich ein weites Einnahmenfeld, da immer mehr Bürger fast ihre gesamte Freizeit mit dem Anschauen von Videofilmen verbringen. Für Horror- und Sexfilme sollte ein erhöhter Steuersatz gelten. Begründung: Wer sich so was ansieht, soll dafür auch viel Geld lockermachen!

Auch eine Bestechungsabgabe für Besserverdienende ist längst fällig. Dabei müssen alle während des Jahres kassierten Bestechungsgelder von den dafür in Frage kommenden Personen bei ihrem Steueramt ehrlich angegeben werden. Dazu genügt eine formlose, kurze Mitteilung, z.B. in Form einer Postkarte. Die soziale Komponente dabei: Nur die Besserverdienenden (mehr als 20000 Franken Bestechungsgelder im Jahr bei Ledigen bzw. 40000 Franken bei Verheirateten) müssen die Abgabe zahlen.

Hoffen wir, dass Finanzminister Otto Stich mit diesen und anderen neuen Einnahmen die Bundeskasse endlich gründlich sanieren kann!

In der BaZ schrieb Christa Mutter: «Nirgends ist es so ausgeprägt wie, in Genf und besonders in der SP-Grossratsfraktion, wo die Frauen elf von 21 Sitzen halten: Wenn plötzlich Frauen nicht mehr Alibiplätze einnehmen, sondern lustvoll und erfolgreich agieren, bedeuten sie eine bisher kaum ernstgenommene Konkurrenz für Spitzenposten: weniger Platz für Männer.»







